

12. Juli 1926, vor 95 Jahren wurde Eisensteins Stummfilm "Panzerkreuzer Potjomkin" in Deutschland verboten, das war gleichbedeutend mit der Wiedereinführung der politischen Filmzensur.

31. Juli 1991, vor 30 Jahren unterzeichneten Bush und Gorbatschow in Moskau den START-Vertrag über die Reduzierung strategischer Atomwaffen

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

7. Ausgabe / 31. Jahrgang

Für Halle (Saale)

20. Juli 2021

Hochwasser ist eine Katastrophe - Solidarität ist Gebot der Stunde

In Zeiten von Katastrophen wie der in NRW und Rheinland-Pfalz müssen wir zusammenhalten und den Betroffenen alle gesellschaftliche Solidarität zukommen lassen.

Wir sind in Gedanken bei den Angehörigen, die bis jetzt 156 Menschen in den Fluten verloren haben.

Diese kaum vorstellbare Zahl stellt eine riesige Tragödie dar. Dazu kommen diejenigen, die ihre Wohnungen und ihr gesamtes Hab und Gut verloren haben, die traumatisiert sind und deren Ortschaften für die unmittelbar nächste Zeit Ruinen sein werden. Genau wie Halle im Jahr 2013 geholfen wurde, muss auch Sachsen-Anhalt jetzt den Menschen in den überfluteten Regionen helfen.

Verschiedene bundesweite Hilfs- und Spendenaktionen machen uns hoffnungsvoll und haben unsere ganze Unterstützung. Jetzt ist die Zeit zu handeln, aber es ist immer auch Zeit, über die notwendigen Schritte nachzudenken.

Es braucht sofortige und unbürokratische Aufbauhilfe vor Ort. Und es braucht eine erkenntnisgeleitete Diskussion darüber, wie verantwortliche Politik im Kontext der steigenden Anzahl solcher Extremwetterereignisse aussehen muss. Die Menschen erwarten zu recht, sich nicht an solche Katastrophen gewöhnen zu müssen. Deshalb gehören natürlich auch der Klimawandel und seine Folgen zentral in die Debatte.

Es muss nun umso dringlicher darum gehen, politische Entscheidungen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu verbinden, eine Zukunft mit möglichst wenigen humanitären Katastrophen aufzubauen und jede vernünftige Maßnahme zu ergreifen, die Schutz gegenüber derartigen Situationen verspricht.

Aus der letzten Stadtratssitzung am 30.06.2021

Wieder tagte der Stadtrat in der Händelhalle. Entsprechend den aktuellen Hygieneauflagen ist es ein Ort, der uns beste Möglichkeiten bietet und zum anderen ist der Festsaal im Stadthaus noch gesperrt. Der Bericht des Oberbürgermeisters wird von Herrn Geier, Bürgermeister, gegeben. Er informierte u.a. darüber, dass das modernste Presswerk der Welt im Star Park eröffnet wurde. Bis Ende 2022 sollen hier Arbeitsmöglichkeiten für 135 Mitarbeiter geschaffen werden. Er führte weiter aus, dass auf der Silberhöhe am 1. Juni ein Bauspielplatz für Kinder eröffnet wurde und in der Stadt Halle, für alle sichtbar, immer mehr „Halophyten-Bänke“ aufgestellt werden. Diese Bänke werben für das kulturelle Themenjahr „Halex, siede Salz“. Diese Pflanzen wachsen auf salzhaltigen Böden. Insgesamt werden in der Stadt Halle 25 solcher Bänke aufgestellt. Er informierte den Stadtrat darüber, dass die Stadt Halle (Saale) 200.000 Euro Fördermittel für den Aufbau eines Regionalen Digitalisierungszentrums erhalten hat und leider auch darüber, dass das Laternenfest auch in diesem Jahr abgesagt wurde.

Beschlossen wurde der Stufenplan zur Stufe 3 des Stadtbahnprogramms. Dahinter verbergen sich Sanierungen von Straßenbahnabschnitten, aber auch neue Strecken. So soll z.B. die Verbindung nach Heide-Nord, zum anderen die Verbindung Silberhöhe durch die Industriestraße zum Betriebsbahnhof Rosengarten gestaltet werden. 33 Haltestellen werden ausgebaut und vorgesehen ist auch ein P und R-Platz für 100 Autos in Halle-Neustadt.

Diskussionen gab es zum Baubeschluss für die Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg. Grund der Diskussionen war die Errichtung der Fahrradabstellplätze. 120 Plätze waren eingeplant, nach der entsprechenden Richtlinie und Größe der Schule hätten aber 198 Stellplätze errichtet werden können. Unsere Fraktion stellte den Antrag, die Stellplätze so entsprechend zu erhöhen, weil immer mehr junge Menschen auf das Fahrrad als umweltgerechte Alternative umsteigen. Und auch aus dem Grund, weil eine evt. Aufrüstung der Plätze nach dem Umbau immer teurer wird. Der Antrag setzte sich aber nicht durch. Ein „Kompromissantrag“ des Bildungsausschusses, der immerhin 36 Plätze mehr beinhaltet, fand dann eine Mehrheit. Somit wird es 156 Plätze für

Fahrräder geben.

Mehrere Baubeschlüsse zur Sanierung an Schulen wurden verabschiedet. Hier geht es vor allem um die Erneuerung von Niederspannungsanlagen für Datenübertragungsnetze und Beleuchtungsanlagen. Auch das Sportstättenentwicklungskonzept wurde einstimmig beschlossen.

Unser Antrag zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche wurde in einer neuen Version beschlossen, das heißt, wir haben den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen übernommen, um eine Mehrheit für den Antrag zu bekommen. Nun sollen im Rahmen eines Pilotprojektes an einer Schule je Schulform im nächsten Schuljahr kostenlose Hygieneprojekte zur Verfügung gestellt werden. Danach soll der Stadtrat informiert werden, wie das Projekt gelaufen ist, um ggf. neue Beschlüsse zu fassen. Dieser Antrag wurde mit einer Mehrheit beschlossen. Wir wollten mit dem Antrag Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern abbauen und einer finanziellen Belastung von Familien entgegenwirken. Im Vorfeld der Beschlussfassung wurde in den Ausschüssen sehr heftig über den Antrag diskutiert. Vor allem die finanziellen Fragen standen im Raum. Inzwischen hat der Bürgermeister der Stadt Halle gegen diesen Beschluss einen Widerspruch eingereicht, weil es um eine weitere freiwillige Aufgabe geht, die derzeit auf Grund des instabilen Haushaltes nicht gewährleistet werden kann.

Abgelehnt wurde, ebenfalls nach vielen Debatten in den Fachausschüssen und im Stadtrat, der „Antrag der CDU-Fraktion für eine Stellungnahme des Stadtrates zur Kampagne „gegen das M-Wort“- „Mohr“ steht in der Tradition unserer Stadt für eine anerkenne-würdige Person“. Wir haben diesen Antrag auch abgelehnt.

Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD, der Grünen und der MitBürger & Die PARTEI, der sich gegen die Abschiebung von Menschen nach Afghanistan richtet, wurde angenommen. Im Antrag wurde nachgewiesen, dass Afghanistan ein sehr unsicheres Land ist und gewaltsame Anschläge auf die Zivilbevölkerung an der Tagesordnung sind.

Ute Haupt

Leserbriefe:

Spaziergang durch Kröllwitz

Es war nicht zu heiß und es regnete nicht. Wir hatten am 28 Juni die besten Witterungsbedingungen für einen Spaziergang hinter der Bergschenke im Hohen Weg. Ziel war das Wandbild von Uwe Pfeifer mit dem Titel „Weggefährten“. Eigentlich wären wir gern am 5. März dorthin gegangen. An dem Tag wäre Rosa Luxemburg 150 Jahre alt geworden. Pandemiebedingt war es nicht möglich. Doch als wir nun vor diesem malerischen Werk standen, gewannen wir den Eindruck: Es ist das schönste Abbild von Rosa Luxemburg in unserer Stadt. Auch Karl Liebknecht konnten wir darauf entdecken. Dieser Spaziergang fand im Rahmen des Seniorenstammtisches statt. Es ist dem Einsatz der Genossin Lydia Roloff zu danken, dass wir uns zu dieser Entdeckungstour zusammenfanden.

Vielleicht war es nicht der letzte Gang dorthin, nachdem wir dieses Bild entdeckt haben.

Dieser Ort, Hoher Weg Nr. 8, ganz am Ende der Straße ist bestens geeignet, für ein jährliches Luxemburg-Liebknecht-Gedenken im Januar.

Hajo Gunkel



Standpunkt:

Mit Bedauern ist nun festzustellen, dass wir bei der letzten Landtagswahl erhebliche Stimmenverluste erlitten haben. Woran könnte es gelegen haben:

- Man hat dem Wahlvolk vermittelt, dass es ein „Kopf-an-Kopffrennen“ zwischen der CDU und der AfD geben könnte. Folglich hat man sich für Sicherheit entschieden. „Was man hat, das hat man, schlechter wird's mit der CDU nicht werden.“ Gewirkt hat auch der Landesvater-Bonus.

- R. Haseloff will nicht wahrhaben, dass DIE LINKE längst in der Demokratie angekommen ist und bekämpft sie, wo er nur kann und hat Sondierungsgespräche ausgeschlossen.

- Auffällig war die gewollte Medienpräsenz der FDP mit Lindner. Die Medien sind nicht die besten Freunde der LINKEN, noch nicht. Medienpräsenz ist aber auch für unsere Partei wichtig.

- Seit der Mobbing-Strategie gegenüber S. Wagenknecht habe ich befürchtet, dass es mit uns abwärts geht. Fehlervermeidung ist angesagt, Geschlossenheit wieder herzustellen, u. a. durch einen kulturvollen Umgang mit allen (auch vermeintlichen) Fehlern.

- Klare, wirksame Strategien (auch Plakatstrategien) für alle Wahlvolkschichten sind erforderlich, damit wir die augenblicklichen Tiefen wieder verlassen können. Das werden wir schaffen, da bin ich optimistisch.

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung am **30. Juli ab 18:00 Uhr im "Kleeblatt" (Am Kinderdorf 1, 06124 Halle)**

Im Sommer trifft man sich am liebsten draussen und nicht in einer Videokonferenz. Wenn die Inzidenzen es zulassen, wird auch dieses AG-Treffen im "Kleeblatt stattfinden".

Themen gibtes wie immer ausreichend, dieses Mal kommt ein Unternehmer und stellt seine Vorstellungen zum nachhaltigen Bauen vor.

Auch zum Klimaschutzgesetz des Bundes soll ein Austausch stattfinden.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 250 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

17.07.2021

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 02.09.2021

Gedenken

Zum Gedenken an die vor 114 Jahren geborene Martha Brautzsch fand am Samstag, dem 17. Juli um 14:30 Uhr eine kleine Gedenkveranstaltung vor der Martha-Brautzsch-Straße hier in Halle statt. Im Andenken an Martha Brautzsch wurden Texte über sie und ihre Arbeit für die Frauenausschüsse verlesen. Im Folgenden ist ein Textauszug aus der „Politeia - Szenarien aus der deutschen Geschichte nach 1945 aus Frauensicht“ (Texte von Uta C. Schmidt unter Mitarbeit von Cornelia Schäfer, herausgegeben vom Frauenmuseum, 1998) zum Thema Gleichheit:

Bis heute werden nicht nur von Frauen erhitzte Debatten über die gesellschaftliche Wirkungskraft der verfassungsmäßig in Ost und West garantierten Gleichheit von Frauen und Männern geführt. Die in der vierzigjährigen DDR-Geschichte konsequenter angestrebte Gleichheit der Geschlechter im Erwerbsleben zeitigte unzweifelhaft Folgen in Richtung Selbstbehauptung und Selbstwahrnehmung von Frauen zu größerem Autonomiebewusstsein. Die Grundlagen dazu wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit gelegt, denn mit der Einberufung des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates und des Parlamentarischen Rates war die Gelegenheit gekommen, die in der Weimarer Verfassung gewährte staatsbürgerliche Gleichheit von Frauen und Männern auf das Gebot der Verwirklichung der Gleichheit von Frau und Mann in allen Lebensbereichen zu erweitern. Demographisch wurde diese Forderung durch die weibliche Bevölkerungsmehrheit unterstützt, historisch durch das Versagen der Männerpolitik, gesellschaftspolitisch durch die Auflösung patriarchaler Familienstrukturen und politökonomisch durch die



Bedeutung der Frauenarbeit.

Die Aufnahme des Gleichheitsgrundsatzes vollzog sich in Ost und West unterschiedlich. Gleichzeitig zeigten sich verblüffende Parallelen. In der sich gründenden Bundesrepublik führte das Engagement der sozialdemokratischen Juristin Elisabeth Selbert sowie massiver Druck der Frauenöffentlichkeit zur Verabschiedung des Artikels 3.2. Die erste Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik folgte mit Artikel 7.2 und 18 den sozialistischen Theoretikern der Frauenfrage, für die es keine Befreiung der Menschheit ohne die Gleichheit der Geschlechter geben konnte. Aber auch hier erstritten erst Frauen des Demokratischen Frauenbundes den entscheidenden Zusatz, dass alle Gesetze und Bestimmungen, die dem Gleichheitsgrundsatz widersprachen, gleichzeitig geändert werden mussten. Hiermit wurde das auch in der Deutschen Demokratischen Republik gültige Bürgerliche Gesetzbuch in seiner patriarchalen Grundstruktur getroffen. In Ost und West beruhte der Gleichheitsgrundsatz in der jeweiligen Fassung auf der Initiative tatkräftiger Frauen.

Rezension

Gysi vs. Sonneborn, Kanzlerduell der Herzen. Mitarbeit und Nachwort Hans-Dieter Schütt, Aufbau Verlag Berlin, 2021, ISBN 978-3-351-03872-4, 226 Seiten
Beide „Kanzler der Herzen“ führen ein Gespräch (ähnlich wie in dem auf YouTube zu sehenden Video unter www.fckaf.de/cjl), in dem frau/man viel erfährt zu deren Kindheit, ihrem Werdegang, Ansichten zu aktuellen politischen Themen, und natürlich zu Positionen des jeweils Anderen. Dazu gibt es immer wieder Originalreden von Sonneborn im Europapar-

lament (gehaltene und nicht gehaltene) sowie von Gysi im Bundestag. Gegliedert ist das Gespräch in die Abschnitte: Parteipolitisches, Satirisches, Europäisches, Heimatliches (Ost und West), Wahlkampf, Machtübernahme und Politik der Zukunft. Martin Sonneborn leitete langjährig das Satiremagazin „Titanic“ - auch zu dieser Zeitschrift ist viel zu erfahren, ebenso zur Gründung, Entwicklung und Aktionen von „Die Partei“. Genauso spannend sind natürlich Einblicke in Gregor Gysis heutige Wertungen zu seiner Entscheidung, Mitte Dezember 1989, als die Partei



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die in den
Monaten Juli und August Geburtstag haben.**



(damals noch SED) „wenige Zentimeter vorm gäh-
nenden Abgrund (stand)“ und er sich an die Spitze
stellte und rief: „Vorwärts!“. Das kann nur ein Narr
gewesen sein (S. 101).

Beide beschreiben ihre Zeit in der Armee (Gysi war
nur in der vormilitärischen Ausbildung) und ihre jewei-
ligen Versuche, dort Humoreinzubringen. Dies hat bei
beiden Spuren hinterlassen - Sonneborn kann heute
noch Hemden auf A4-Größe falten ...

Beide entwickeln auch gemeinsame Ideen zur Verän-
derung des Bundestages - so wollen sie u. a. bei der
nächsten Wahl ihre Mütter aufstellen. „Dreißig reso-

lute Mütter im Bundestag“ wäre das Ziel - und damit
eine Antikriegspolitik möglich (S. 189).

Selbstverständlich geht es wiederholt um Medienpo-
litik - da werfen sie die spannende Frage auf, warum
„der Widerstand der Bevölkerung in Sofia nicht so
interessant (ist) wie der in Minsk?“ - es vergehe kaum
eine Nachrichtensendung ohne Bilder der Proteste
gegen Lukaschenko (S. 218).

Hans-Dieter Schütt beschreibt in seinem Nachwort
das Zustandekommen dieses Gesprächs und fasst
einige Dinge nochmals auf seine ganz eigene Art
zusammen. Auch dies ist ein Genuss!

Rezension Ilja Seifert: Lob des Chaos

2003 ermutigte Ilja Seifert in essayistischen Betrachtungen zu Biomedizin, Gentechnik, Menschenbild und Gesellschaftskonzeption, sich für ein „Lob der Unvollkommenheit“ auszusprechen - mit gutem Recht aus eigener Erfahrung. Nun hat er sich wieder einmal eingemischt in die Zeit-Debatte und für ein „Lob des Chaos“ Gedichte verfasst. Es gehört zum Lebens- und Arbeitsstil Ilja Seiferts, dass er auf Nachdenklichkeit Wert legt. Er befreit das Chaos von der Alltagsverwendung und schlägt vor:

„Lasst uns hoch das Chaos loben,
Kennt kein Unten und kein Oben.
Ist die Ordnung dieser Welt,
Die im Ganzen mir gefällt.

Weder rechts noch links verortet,
Nirgends Reichtum, den es hortet,
Keinerlei Pedanterie,
Dafür bunte Phantasie.

Ohne Zwang und immer richtig,
Nimmt sich selbst nicht allzu wichtig,
Formt nach eigenem Maß sich um,
Denkt nicht nach, ist doch nicht dumm.
Chaos ist´s, was unsre Welt
Im Innersten zusammenhält.

Und nun setzt er gleich noch ein Wort an alle Besserwischer drauf:

„Lasst ein Extremist mich sein
Und fordern ungepanschten Wein.
Und Frieden auf der ganzen Erde,
Auf dass jeder glücklich werde.
Und man wohnen kann in Ruhe,
Jeder Kleidung hat und Schuhe.
Unsre Speisen schmackhaft bleiben,
Lustvoll Liebesspiel wir treiben.-
Lasst uns Extremisten sein
und mischen uns ins Leben ein!

Endlich weg von plakativer Verwendung!
So stelle ich mir vor, nimmt man den schmalen Band
- nicht mal 50 Seiten - zur Hand, um in der Familie
oder mit Freunden daraus zu lesen.

Und auch, wer auf Erotik wartet, wird nicht enttäuscht. Danke, Ilja, für die Sommerfrische und Aufmunterung in einer Zeit, die zu „Abstand halten“ zwingt.

Ilja Seifert: Deutscher Lyrik Verlag, 2020,
Karin Fischer GmbH Aachen. 50 S. 10 Euro

Ernst Luther

Senioren-Cafe'
am 28. Juli im Linken Laden
ab 14:30 Uhr, Leitergasse 4:
„Nach der Wahl ist vor der Wahl „
Bitte den Mund-Nasen-Schutz nicht
vergessen!

Das große Verschweigen beenden

Vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941, begann Nazi-Deutschland mit dem „Unternehmen Barbarossa“ den Überfall auf die Sowjetunion.

Vom ersten Tag an terrorisierten die faschistischen Aggressoren in diesem Raub- und Vernichtungskrieg die Zivilbevölkerung auf das Schrecklichste.

Mit Schreiben vom 11. März 2021 wandte ich mich deshalb an den Präsidenten des Bundestages mit dem Vorschlag, aus Anlass des 80. Jahrestages eine Gedenkveranstaltung im Bundestag durchzuführen. Am 23. März 2021 antwortete der Präsident darauf abschlägig mit Verweis auf die Veranstaltungen zum 75. Jahrestages des Beginns und dem 70. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges.

Ferner übermittelte er in seinem Schreiben:

„Nach meiner Überzeugung sollten wir an der bisherigen parlamentarischen Übung einer ungeteilten Erinnerung an den gesamten Verlauf des Zweiten Weltkrieges und des von ihm ausgegangenen Leids festhalten.

Hierfür eignen sich in besonderer Weise die Jahrestage des Kriegsbeginns und des Kriegsendes.“



Jan Korte

In diesem Satz steckt viel drin, wenn man verstehen will, warum die Opfer des Vernichtungskrieges in Osteuropa im Allgemeinen und die Opfer der UdSSR im Speziellen kaum eine Rolle in den vergangenen Jahrzehnten spielten. Die Antwort des Bundestagspräsidenten verkennt den besonderen Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion. Dieser wurde als ein entgrenzter Angriffs- und Vernichtungskrieg geplant und durchgeführt. Weite Teile des Territoriums sollten kolonisiert werden, die dort lebenden Menschen dezimiert, Jüdinnen und Juden ermordet und Kommunistinnen und Kommunisten liquidiert werden. Dieser Krieg war gerade dadurch gekennzeichnet, dass er alle bis dahin geltenden Rechts- und vor allem Zivilisationsregeln vollständig aufhob. Von den Nazis wurde er auch als „Weltanschauungskrieg“ verstanden. D.h., neben den für die Weltmachtpläne Nazi-Deutschlands wichtigen ökonomischen Ressourcen, die in der imperialistischen Tradition deutscher Eliten seit dem frühen 20. Jahrhundert standen, ging es auch um ideologische Prinzipien wie Antikommunismus, Rassismus und Antisemitismus. Jan Philipp Reemtsma thematisierte die völlige Entgrenzung im NS-Vernichtungskrieg treffend bei der Eröffnung der sogenannten Wehrmachtsausstellung 1995:

„Der Krieg der deutschen Wehrmacht im - pauschal gesprochen - ‚Osten‘ ist kein Krieg einer Armee

gegen eine andere Armee gewesen, sondern er sollte der Krieg gegen eine Bevölkerung sein, von der ein Teil - die Juden - ausgerottet, der andere dezimiert und versklavt werden sollte. Kriegsverbrechen waren in diesem Krieg nicht Grenzüberschreitungen, die erklärungsbedürftig sind, sondern das Gesicht des Krieges selbst. Der Terminus ‚Kriegsverbrechen‘ ist aus einer Ordnung entliehen, die von Deutschland außer Kraft gesetzt worden war, als dieser Krieg begann.“

Schon vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion wurde in Befehlen und Weisungen klargemacht, dass jedwede Brutalität erlaubt und notwendig sei. Dabei gingen der in der Wehrmacht verbreitete übersteigerte Nationalismus, Antislawismus, Antisemitismus und besonders der Antikommunismus eine Verbindung ein, die alle Empathie und humane Selbstbeschränkung gegenüber dem Feind aufhob. Mit Unterstützung der Wehrmacht wüteten hinter der Front die Einsatzgruppen, die rund 2,5 Millionen Frauen, Kinder und Männer ermordeten.

Damit bildete der Krieg gegen die Sowjetunion auch den Eintritt in die systematische, verwaltungsbürokratisch flankierte und arbeitsteilig organisierte Ermordung der Jüdinnen und Juden. Die Sowjetunion musste bis zur Befreiung den höchsten Blutzoll in diesem Krieg bezahlen. Etwa 27 Millionen Bürger der

Sowjetunion - mehr Zivilisten als Soldaten - verloren durch den Ostfeldzug der Wehrmacht ihr Leben. Tausende Städte und Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Fast jede Familie hatte Verluste zu beklagen. Mehr als alle anderen Länder, die am Zweiten Weltkrieg beteiligt waren, musste die Sowjetunion die Last dieses Krieges tragen. Angesichts dieser Horrorzahlen stellt sich die Frage, warum diese Opfer kaum im öffentlichen Bewusstsein vorhanden sind?

Das Gedenken an die Opfer des Vernichtungskrieges in Osteuropa wurde in der BRD in erster Linie von Geschichtsinitiativen und Einzelpersonen wachgehalten und zwar zu einer Zeit, als das keineswegs opportun war. Schuldabwehr und Verleugnung waren bis in die späten 1960er Jahre dominant und konnten danach nur nach harten Auseinandersetzungen teilweise gebrochen werden. Das entscheidende Schmiermittel gegen die Auseinandersetzung mit dem NS-Faschismus war aber der Antikommunismus, der in der frühen Bundesrepublik quasi staatsreligiöse Züge annahm. Dabei ging es weniger um die Abwehr von linken Ideen und linker Politik. Vielmehr bot der Antikommunismus die Möglichkeit sich gegen den alten und neuen Hauptfeind Kommunismus erneut zu formieren und damit eine Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und emotionalen Verstrickung in den Faschismus zu umgehen. Diese Politik wurde maßgeblich von Adenauer exekutiert, der selber kein Nazi war, aber den „Bolschewismus“ als „Todfeind des Christentums“ betrachtete. Außerdem erkannte er, dass die Beendigung der Verfolgung von NS-Verbrechern und das Beschweigen der jüngsten Vergangenheit schlicht Wahlerfolge brachte. In diesem reaktionären Klima galt der damalige Krieg gegen die UdSSR als geradezu legitim. Tausende von sogenannten Landserheften und anderem braunen Dreck wurden ohne Ende verkauft. Die Legende von der sauberen Wehrmacht, die mit all den Verbrechen nichts zu tun gehabt haben sollte, tat ihr Übriges. Der tief internalisierte Antikommunismus Westdeutschlands konnte angesichts des kalten Krieges wieder voll ausgelebt werden. Während aktuell die kleine und über Jahrzehnte kaum beachtete Gedenkstätte im ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenenlager Schloss-Holte Stukenbrock mit vielen Millionen Euro zu einer internationalen Gedenkstätte ausgebaut werden soll, stand die seit den 1960er Jahren existierende Gedenkinitiative „Blumen für Stukenbrock“ über Jahre im

Verdacht, eine fünfte Kolonne Moskaus und natürlich kommunistisch infiltriert zu sein. Menschen wie Peter Jahn, der ehemalige Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Karlshorst, haben sich beharrlich darum bemüht, an das historische Geschehen zu erinnern und stärker in der Öffentlichkeit zu verankern. Und auch die Bundestagfraktion der LINKEN und vor ihr die PDS haben sich immer wieder für die Verankerung des Gedenkens und konkrete Entschädigung für die „vergessenen“ Opfer eingesetzt. Der Linksfraktion ist es etwa zu verdanken, dass am 20. Mai 2015 den wenigen noch lebenden sowjetischen Kriegsgefangenen eine finanzielle Anerkennungsleistung von 2500 Euro zuteil wurde, soweit man sie ausfindig machen konnte. Das Ganze fand allerdings möglichst leise und lautlos statt, ohne eine politische Geste und öffentlicher Thematisierung. Gerade das war und ist unfassbar. Von den etwa 5,7 Millionen Rotarmisten, die in die Hände der Wehrmacht fielen, kamen über 3 Millionen durch Hunger, Zwangsarbeit, Kälte und Mord ums Leben. Und die Kriegsgefangenenlager standen unter Hoheit der angeblich sauberen Wehrmacht. Oftmals waren diese Lager in Deutschland für alle sichtbar.

Dass sich die Bundesregierung um die historische Verantwortung Deutschlands für den Überfall der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion herumdrückt, hat aber auch ganz konkrete aktuelle Gründe: Die Erinnerung an den verbrecherischen Krieg passt einfach nicht in die Pläne, die NATO weiter aufzurüsten und das Verhältnis zu Russland feindseliger zu gestalten. Sie passt nicht ins Bild, wenn sich Deutschland mit 200 Soldaten der Bundeswehr und zehn Eurofightern am Polarkreis sowie mit insgesamt 4000 Soldaten in der Ostsee an den NATO-Manövern gegen Russland beteiligt. Die Kriegstreiber und Aufrüstungs-Befürworter wollen nicht daran erinnert werden, dass Frieden und Verständigung mit Russland die einzig richtige Schlussfolgerung aus der Katastrophe des 2. Weltkrieges wäre. Gute Beziehungen und Freundschaft mit Russland, wie mit allen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, müssten lange schon erklärtes Ziel deutscher Politik sein. Dass sie es nicht sind, ist auch eine Langzeitfolge der antibolschewistischen NS-Propaganda. Aber allen Menschen sollte bewusst sein: Die Alternative zum Frieden mit Russland bedeutet Rüstungseskalation und Kriegsgefahr.

Dagegen müssen wir unsere Stimme erheben.

Jan Korte

Endlich wieder Sommerfest

Was ist ein Sommer ohne Sommerfest am Linken Laden? Nachdem wir letztes Jahr aufgrund der Pandemie kein Sommerfest veranstalten konnten, haben wir uns dieses Jahr entschieden, die Zeit der sehr niedrigen Inzidenzen zu nutzen und ein Sommerfest veranstaltet. Wir hatten ein Hygienekonzept ausgearbeitet und uns an die sogenannten „3Gs (geimpft, genesen, getestet) gehalten. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle, die sich daran gehalten und uns unterstützt haben. Wie jedes Jahr kommen kurz vor Beginn des Festes Zweifel, wie viele denn kommen werden, aber die brauchten wir nicht haben, denn das Fest war sehr gut besucht. Auch dieses Jahr konnte sich unser Kuchenbuffet sehen lassen, ein großes Dankeschön an alle Bäckerinnen und Bäcker, es war wie immer super lecker! Leider schafft man bei dieser wirklich großen Auswahl nicht immer alles zu kosten, aber wer wollte, konnte sich noch ein Kuchenpaket für Zuhause packen, denn Kuchen war jede Menge da. Es ist wirklich ein schönes Gefühl, wenn so nach und nach die selbstgemachten Kuchen im Linken Laden ankommen und dann natürlich auch mit großer Freude gegessen werden.

Auf unserer kleinen Bühne gab es für Klein und Groß nach dem ersten Kaffeetrinken eine Puppentheater-Vorstellung mit dem Stück „Hans im Glück“ und trotz Straßenlärm war es sehr schön.

Leider hatte unsere Band zwei Tage vor dem Fest abgesagt, aber wir hatten das Gefühl, ihr wolltet euch



vor allem unterhalten, austauschen und die Zeit miteinander genießen, daher denken wir, dass das gar nicht so sehr aufgefallen ist. Wir hatten zwei Talkrunden, auch das ist mittlerweile gute Tradition bei uns.



Die erste haben Eva von Angern, als neue Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion, und Stefan Gebhardt, unser Landesvorsitzender bestritten. In der zweiten Runde haben Henriette Quade und Hendrik Lange als unsere Landtagsabgeordneten für Halle von ihrer Sommertour erzählt und ihre Kernthemen für die nächste Legislatur vorgestellt.

Auch an einem Quiz konnte man teilnehmen und manche Fragen stellten sich im Nachhinein doch als



verzwickt heraus. Es gab aber doch einige unter euch, die alles richtig und fast alles richtig hatten und diese



wurden dann mit Preisen belohnt.

Die alljährliche Grill-Gruppe hat sich wieder für euch ins Zeug gelegt und am heißen Grill jede Menge

Salatbuffet, wobei dieses Jahr die Nudelsalate eindeutig dominiert haben. Auch die vielen Salate waren lecker und viele von euch haben sowohl Kuchen als auch Salat gemacht. Aber auch an dieser Stelle noch ein Dankeschön an alle, die sich am Salatbuffet beteiligt haben.

Und auch noch ein Dankeschön an die Geschirrrverantwortlichen. Da wir nicht mit Einweggeschirr auf unserem Fest arbeiten wollen, ist auch das Abräumen, Abwaschen und wieder frisches Geschirr hinstellen ein großes Stück Arbeit, was an dieser Stelle auch gewürdigt werden muss.

Was uns dieses Jahr sehr gefreut hat, dass beim Abbau des Ganzen so viele mit angepackt haben, das war am Ende des Abends noch mal eine tolle Teamleistung. Ihr seht, wir sind zufrieden mit unserem Sommerfest und freuen uns auf nächstes Jahr!

Anja und Jan



#MLUnterfinanziert - Perspektiven schaffen

Am 14. Juli 2021 gab es wieder Proteste an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg - Studierende, Mitarbeiter:innen und andere Interessierte haben deutlich gemacht, dass sie für eine vielfältige, starke und solidarisch finanzierte Hochschule streiten wollen.

Damit ist auch ein klares Signal an das Land verbunden: Die Hochschulstrukturplanung Sachsen-Anhalts muss dringend überarbeitet werden und die Situation der MLU muss unbedingt und sofort auf der Agenda jeder zukünftigen Landesregierung sein. Um diesen Einsatz zu unterstützen und gemeinsam zu protestieren, waren z.B. auch unsere Landtagsabgeordneten

Henriette Quade und Hendrik Lange sowie unsere Bundestagsabgeordnete Petra Sitte und viele weiteren Genoss:innen vor Ort. Aber mit dem inzwischen dritten Protest ist es nicht getan: Die Studierenden und die Beschäftigten haben gemeinsam das Aktionsbündnis „#MLUnterfinanziert - Perspektiven schaffen“ gegründet - ganz nach dem Vorbild des Aktionsbündnis aus vorherigen Kürzungsdiskussionen. Mit der gemeinsamen Kraft von Gewerkschaften, Gremien, politischen Hochschulgruppen und sicher auch LINKER Politik sollte es möglich sein, Wissenschaft und Bildung in Sachsen-Anhalt zu erhalten. Wir kämpfen auf jeden Fall mit.

Konstituierung der neuen Landtagsfraktion

Mit 12 Abgeordneten sind wir als Fraktion DIE LINKE in der 8. Wahlperiode im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten.

In der Opposition wird es zum einen unsere Aufgabe sein, die Landesregierung zu kontrollieren und kritisch zu hinterfragen.

Zum anderen werden wir die Themen voranbringen, die die Koalition unerwähnt lässt. Grundlage unseres gemeinsamen Handels bildet das Wahlprogramm der LINKEN Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2021.

Schwerpunkt ist und bleibt für uns die Bekämpfung prekärer Beschäftigung, von Kinderarmut und zunehmender Altersarmut. Wir werden weiterhin für die Verbesserung der Bildungs-, Kultur- und Hochschullandschaft streiten und uns für den Erhalt der Daseinsvorsorge, vor allem im Bereich des Gesundheitswesens einsetzen.

Der konsequente Einsatz gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus wird ebenfalls ein wichtiges Thema auf unserer Agenda bleiben.

Sprecher*innen-Funktionen der Abgeordneten

Abgeordnete

Sprecher*innen-Funktion

Anger, Nicole

Gesundheitspolitik (Drogenpolitik), Kinder- und Jugendpolitik, Behindertenpolitik

Von Angern, Eva

Rechtspolitik (Justiz), Verfassungsschutz, Gleichstellungspolitik (Frauen, LSBTTI), Kampf gegen Kinderarmut

Buchheim, Christina

Kommunalpolitik (Kommunalabgaben)

Eisenreich, Kerstin

Agrarpolitik/ländliche Räume, Energiepolitik, Wasser/Abwasser, Strukturwandel, Verbraucherschutz

Gallert, Wulf

Wirtschaftspolitik, Europapolitik (internationale Zusammenarbeit), Tourismus, Religionen (Kirchen)

Gebhardt, Stefan

Kulturpolitik, Medienpolitik (Rundfunk), Parlamentsreform

Henke, Andreas

Finanzpolitik (Haushalt), Bevölkerungsschutz (Feuerwehr, Rettungsdienst, Zivil- und Katastrophenschutz)

Henke, Guido

Landesentwicklung, Verkehrspolitik (ÖPNV), Stadtentwicklung/Stadtumbau, Wohnungspolitik (Mieten)

Hohmann, Monika	Sozialpolitik (Arbeitsmarkt/SGB II, Ausbildung, Familien, Senioren, Rente), Petitionen,
Lange, Hendrik	Wissenschaftspolitik (Hochschulen, Forschung), Umweltpolitik (Naturschutz), Digitalisierung (Netzpolitik)
Lippmann, Thomas	Bildungspolitik (AbS/BbS, freie Schulen, Schulsozialarbeit), Erwachsenenbildung, Sportpolitik, Gewerkschaftspolitik (Pers VG)
Quade, Henriette	Innenpolitik (Polizei), Asyl, Migration, Antifaschistische Politik, Datenschutz



Hilfe und Solidarität mit den Opfern der Hochwasserkatastrophe sind das Gebot der Stunde

Zu der Hochwasserkatastrophe in Teilen West- und Süddeutschlands und dem Hilfsangebot des amtierenden Innenministers Michael Richter erklären Eva von Angern, Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt und Stefan Gebhardt, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE:

„Den Opfern und Betroffenen der Hochwasserkatastrophe sprechen wir uns größtes Mitgefühl aus. Wir erinnern uns an die sog. Jahrhundertflut von 2002, als Mitteldeutschland von schwersten Überschwemmungen betroffen war und fühlen mit den Menschen in den betroffenen Gebieten. Hilfe und Solidarität lautet das Gebot der Stunde. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das Hilfsangebot des Innenministers. Wir erwarten von ihm, dass er seinen Worten jetzt konkrete Maßnahmen folgen lässt und die Öffentlichkeit darüber informiert“, so Eva von Angern, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt.

„Dieses schreckliche Extremwetterereignis führt uns erneut vor Augen, welche Folgen der menschengemachte Klimawandel ganz konkret für die Menschen vor Ort hat. Klimaschutz ist und bleibt eine der dringlichsten Herausforderungen unserer Zeit. Es ist höchste Zeit, auf allen Ebenen die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Andernfalls werden wir in Zukunft immer häufiger mit Extremwetterereignissen wie Überflutungen oder Dürreperioden zu kämpfen haben“, erklärt Stefan Gebhardt, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt.

Fit for 55: Mehr Klimaschutz geht nur sozial und demokratisch

Von Alexander Ulrich, Sprecher für Industriepolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Heute hat die EU-Kommission ihren Fahrplan für die Klimagasreduktion um 55 Prozent bis 2030 vor. Ein ambitioniertes Programm, das nur mit sozialer Flankierung und demokratischer Beteiligung erfolgreich werden kann.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will beim Klimaschutz klotzen und nicht kleckern. Mit zwölf Gesetzesvorschlägen soll das Leben, Arbeiten und Wirtschaften in der EU umgekrempt werden. Nicht nur Unternehmen werden die Auswirkungen zu spüren bekommen, auch Beschäftigte, Verbraucher*innen und mobile Menschen. Die EU darf jetzt keinen hektischen Schnellschuss abgeben, sondern muss die soziale Ausgewogenheit der Maßnahmen beachten.

Gefährliche soziale Schieflage durch zu erwartende Preissteigerungen

Vor allem auf den Auto-Verkehr kommen verschärfte CO₂-Emissionsziele zu. Zudem sollen die Mitgliedstaaten Quoten zum Aufbau von E-Ladesäulen erfüllen. Wenngleich auch ein Ausbau des Ladenetzes eine notwendige Bedingung für den Marktdurchbruch von E-Autos ist und Anreize zur Verkleinerung und Emissionsminderung des Autoverkehrs insgesamt richtige Schritte sind, lassen die zu erwartenden Preissteigerungen von Benzin und Heizöl eine gefährliche soziale Schieflage erkennen. Müssen die Verbraucher*innen am Ende den Preis für den Klimaschutz zahlen, weil Unternehmen die höheren Kosten einfach an sie weitergeben, droht die Akzeptanz der Maßnahmen zu verpuffen.

Für den Flugverkehr und die Schifffahrt soll es verpflichtend werden, den Treibstoff mit klimafreundlicheren Alternativen zu mischen – ein richtiger erster Schritt. Doch damit der Schienenverkehr inner-europäisch zur echten Alternative zum Fliegen wird, muss deutlich mehr in den Ausbau des europäischen Schnell- und Nachtzugnetzes investiert werden. Überhaupt präsentiert die EU-Kommission wenig

eigene Visionen für den Aufbau von Alternativen und grünen Jobs, die auch finanziell unterlegt wären, sondern arbeitet hauptsächlich mit ordnungspolitischen Instrumenten.

Die richtige Richtung schlägt die EU jedoch damit ein, dass sie sich von einem rein marktgesteuertem Klimaschutz verabschiedet. Das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) hat bislang auf ganzer Linie versagt. Da eine Zuteilung der Zertifikate zunächst kostenlos erfolgte und emissionsintensive Unternehmen besonders viele Zertifikate erhalten haben, blieb eine Emissionsreduktion aus. Es wurden lediglich neue Felder für spekulative Geschäfte und Finanzanlagen und damit eine zusätzliche Einnahmequelle für fossile Unternehmen geschaffen. Damit soll jetzt Schluss sein.

Dekarbonisierung darf nicht zum Nachteil werden

Der größte Knackpunkt des EU-Klimapaketes dürfte der sogenannte Grenzausgleichsmechanismus werden. Er soll klimafreundlichere Produktion in der EU schützen und Wettbewerbsnachteile ausgleichen. Industrieverbände und Freihandels-Apologeten beschwören schon jetzt neue Handelskonflikte herauf. Wir setzen uns für einen europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus ein, der den Import CO₂-intensiver Produkte bepreist. So verhindern wir, dass die Dekarbonisierung der Industrie in Deutschland und der Europäischen Union zulasten der hiesigen Beschäftigten geht und zur Verlagerung von CO₂-intensiver Produktion in Drittstaaten führt. Die Diskussion um den richtigen Klimaschutz hat begonnen. Für DIE LINKE ist klar: Echten Klimaschutz gibt es nur sozial und demokratisch.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G